

## **Widerstand, Opposition und Repression in der zweiten deutschen Diktatur**

### **Widerstand, Opposition und Repression: Umstrittene Begriffe**

Der Begriff des Widerstand gegen die zweite deutsche Diktatur in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR konnte bisher weder befriedigend noch gar abschließend definiert werden.<sup>1</sup> Klar ist jedoch, dass sich Opposition bzw. Widerstand und politische Verfolgung gegenseitig bedingten, und dass die Herrschaft der SED<sup>2</sup> ohne die Anwendung oder zumindest Androhung von Sanktionen und Gewalt nicht lebensfähig gewesen wäre. Gleichzeitig war die DDR - wie jede Diktatur - auch durch widerständiges Verhalten geprägt, das durch einen umfassenden Herrschaftsanspruch hervorgerufen und gleichzeitig durch Strafgesetzgebung und Verfolgungsmaßnahmen definiert wurde. Dabei war die SED der Angelpunkt der Machtausübung, ihr Herrschaftsanspruch stand zu jeder Zeit im Zeichen von Durchsetzung, Sicherung, Ausgestaltung und Legitimation ihres - illegitimen – Machtanspruches.<sup>3</sup> An die Stelle demokratischer Legitimation traten ein instrumentalisierte Antifaschismus, die Theorie der gesetzmäßigen Aufeinanderfolge von Gesellschaftsformationen und eine angeblich wissenschaftliche Weltanschauung mit absolutem Wahrheitsanspruch.

---

<sup>1</sup> Die Einleitung stützt sich auf: Eckert, Rainer: Widerstand und Opposition in der DDR: Siebzehn Thesen, in: Z. Gesch.wiss., Berlin, 44 (1996) 1, S. 49-67; ders.: Opposition und Repression in der DDR vom Mauerbau bis zur Biermann-Ausbürgerung (1961-1976), in: Archiv Sozialgesch., Braunschweig; Bonn, 39 (1999), S. 355-390.

<sup>2</sup> Jessen, Ralph: Partei, Staat und „Bündnispartner“: Die Herrschaftsmechanismen d. SED-Diktatur, in: DDR-Geschichte in Dokumenten / Hrsg.: Matthias Judt. - Bonn, 1998, S. 27-43.

<sup>3</sup> Ebd., S. 27-32.

Widerstand bzw. Opposition und Diktatur gehören phänomenologisch zusammen. Das hängt ursächlich damit zusammen, dass der Anspruch totaler Herrschaft, den "neuen Menschen" zu produzieren, die Implantierung künstlicher Regelmechanismen in die Gesellschaft erfordert und immer wieder auftretende Mangelerscheinungen ständig erneut Protest hervorrufen. Die SED-Führung und ihr wichtigstes Herrschaftsinstrument, das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), waren jedoch nicht bereit, im eigenen Herrschaftsbereich Gründe für widerständiges Verhalten zu erkennen,<sup>4</sup> sondern begriffen dieses grundsätzlich nur als von außen gesteuerte politisch-ideologische Diversion (PID).<sup>5</sup> Um dieser ständigen Gefährdung entgegentreten zu können, war die innere ideologische Geschlossenheit der Staatspartei von ausschlaggebender Bedeutung, die jedoch immer wieder erneut von Opportunismus, Revisionismus und „Sozialdemokratismus“ bedroht schien. Um diese Gefahr zu bannen, waren im kommunistischen Selbstverständnis ständig erneute „Parteisäuberungen“ notwendig und die Parteimitglieder mussten unermüdlich gegen den Einfluss des „westdeutschen Imperialismus“ immunisiert werden. Jeder Angriff auf eine noch so unbedeutend erscheinende gesellschaftliche Randerscheinung zielte im Denken der SED-Führungskaste auf das System als solches und war entsprechend konsequent, oft brutal, zu bekämpfen. Ziel war die „sozialistische Persönlichkeit“, die im Sozialismus durch „Erziehung“ und „Selbsterziehung“ auf der Grundlage der durch die „Arbeiterklasse“ vermittelten Kenntnis gesellschaftlicher Gesetzmäßigkeiten zu formen war. Wurde in dem mit dieser Absicht verbundenen Anspruch auf totale Herrschaft auch nur ein Detail in Frage gestellt, so wankte das gesamte totalitäre System.<sup>6</sup>

---

<sup>4</sup> Im Selbstverständnis des Ministeriums für Staatssicherheit: „Politische Untergrundtätigkeit“ (PUT). Zu dieser und anderen MfS-Definitionen vgl.: Wörterbuch der Staatssicherheit: Definitionen d. MfS zur „politisch-operativen Arbeit“ / Hrsg.: Siegfried Suckut. - 3. Aufl. - Berlin, 1996. = BStU Analysen u. Dokumente; 5.

<sup>5</sup> Dazu: Mampel, Siegfried: Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR als Ideologiepolizei: Zur Bedeutung einer Heilslehre als Mittel zum Griff auf d. Bewusstsein für d. Totalitarismusmodell. - Berlin, 1996.

<sup>6</sup> Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989. - Berlin, 1997, S. 150.

Die Repressionsmechanismen der SED sind in unmittelbare Maßnahmen und in strukturelle Gewalt einteilbar.<sup>7</sup> Ihr Verhältnis zu Widerstand bzw. Opposition ist für die DDR noch weitgehend ungeklärt. Besonders gilt dies für die 1960er und 1970er Jahre mit dem Übergang vom grundsätzlichen antikommunistischen Widerstand zu den Ansätzen einer Opposition der Bürgerbewegung sowie von der brutalen strafrechtlichen Abrechnung mit jedem fassbaren politischen Gegner zu den weit aufgefächerten Methoden zur Bekämpfung politischer Gegnerschaft in den letzten zwanzig Jahren der Herrschaft der SED. Bei der Schließung der hier klaffenden Forschungslücke kann es jedoch nicht um eine ausschließliche Sicht auf widerständiges Verhalten und Repression gehen, sondern der Einfluss internationaler Entwicklungen, der deutsch-deutschen Beziehungen und wirtschaftlicher, sozialer sowie politischer Veränderungen in der DDR sind mit ein zu beziehen. Auch die bisher noch unbefriedigende Definition widerständigen Verhaltens erfordert eine weitere Klärung genauso wie der Übergang im oppositionellen Denken von einer weit verbreiteten sozialistischen Orientierung in den 1970er zur menschenrechtlichen bzw. zivilgesellschaftlichen Ausrichtung der 1980er Jahre.

Wenn die bisherige Diskussion auch dadurch bestimmt war, dass die Begriffe Widerstand und Opposition weitgehend synonym und gleichzeitig in der Regel vollkommen unreflektiert gebraucht worden sind, so haben in der letzten Zeit verschiedene Veröffentlichungen einen Wandel eingeleitet. So wird für die Jahre bis 1961 immer mehr der Begriff des Widerstandes gebraucht, der einen massiven Angriff auf das System bezeichnet, dessen Verwirklichung das Ende der Herrschaft der SED und die deutsche Wiedervereinigung bedeutet hätte.<sup>8</sup> In den folgenden Jahren änderten sich die Bedingungen für widerständiges Verhalten. Schließlich bildete sich besonders nach 1968 eine neue Opposition heraus, die in aller Regel nicht in der Tradition des Widerstandes der 1950er

---

<sup>7</sup> Schuller, Wolfgang: Repressionsmechanismen in der DDR - Auswirkungen auf den Alltag, in: Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, II,1. - Baden-Baden, 1995, S. 220-228.

<sup>8</sup> Kowalczyk, Ilko-Sascha: Die Niederschlagung der Opposition an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin in der Krise 1956/57: Dokumentation einer Pressekonferenz d. Ministeriums für Staatssicherheit im März 1957. - Berlin, 1997. = LStU Berlin Schriftenreihe; 6, S. 29-30.

Jahre stand. Andere Themen, andere Forderungen standen auf der Tagesordnung, eine andere Alterskohorte meldete sich in einem anderen sozialen Zusammenhang zu Wort.

Grundsätzlich ist bei der Beschreibung des Wechselverhältnisses zwischen widerständigem Verhalten und Repression zu beachten, dass die DDR weitaus stärker als die anderen Ostblockstaaten - vor allem durch die Situation eines gespaltenen Landes, ihre exponierte geographische Lage, den Einfluss westlicher Medien und die Abhängigkeit von der sowjetischen Schutzmacht - von jeder krisenhaften Entwicklung bedroht war. Dazu kam, dass die Mehrheit der Bevölkerung das SED-System wohl zu jedem Zeitpunkt ablehnte, und die DDR als Produkt des Kalten Krieges nur unter den Bedingungen eines gespaltenen Europa und einer stabilen Hegemonialmacht überlebensfähig war. Nicht vernachlässigt werden sollte, dass der unbegrenzte Herrschaftsanspruch der kommunistischen Führung Ostdeutschlands auch ständig an Grenzen stieß.<sup>9</sup> Dazu gehörten die Kontinuität deutscher Geschichte, die eingrenzende Wirkung der Existenz der Bundesrepublik, die mangelnde äußere Autonomie der DDR und die schwindende Fähigkeit ihrer Diktatoren, die Umwelt adäquat wahrzunehmen. So kam zum einen der ideologischen Begründung der Herrschaft der SED besondere Bedeutung zu, zum anderen war die Unterdrückung jeder Form von Widerstand und Opposition lebensnotwendig. Der Staat der SED bestand so lange, wie ihm dies gelang. Dabei wusste er sich jahrzehntelang sowohl sich wandelnden inneren Bedingungen anzupassen, als auch auf veränderte äußere Anforderungen zu reagieren. Das zeigten mit besonderer Klarheit die systemimmanenten Krisen von 1961, 1968 und 1976, die jeweils in anderer Art spezifische Muster von Krisenbereinigung verdeutlichten. So hatte die Krise 1961 vor allem Bedeutung im Prozess der relativen Machtstabilisierung in einem gespaltenen Land, 1968 bedeutete eine Krise des gesamten Systems und 1976 war in erster Linie der Bruch kritischer Intellektueller mit dem System und ein Ausgangspunkt für die Entwicklung der Ansätze einer Bürgerbewegung, die im Herbst 1989 kurzzeitig handlungsmächtig wurde.

---

<sup>9</sup> Die Grenzen der Diktatur, in: Die Grenzen der Diktatur: Staat u. Gesellsch. in d. DDR / Hrsg. Richard Bessel u. Ralph Jessen. - Göttingen, 1996. = Sammlung Vandenhoeck, S. 7-23.

Neben der Klärung des Verhältnisses von Opposition und Repression sowie seiner Veränderungen sollte künftige Forschung dazu beitragen, die "klassischen Merkmale" totaler Machtausübung durch die Beschreibung von Opposition und Widerstand als konstitutive Herrschaftselemente zu ergänzen und darüber hinaus die Fragestellung auf das Verhältnis von Bevölkerung und SED-Führung in seinen Wandlungen zu erweitern. Das berührt auch die grundsätzliche Auseinandersetzung um den Begriff des "Unrechtsstaats" und die Frage nach der Legitimität der DDR. So gehörte widerständiges Verhalten sicherlich zu den die Diktatur eingrenzenden Elementen und seine Erforschung steht der weit verbreiteten Tendenz entgegen, die zweite deutsche Diktatur zu beschönigen, in dem die Anwendung von Gewalt gegen Andersdenkende aus ihrer Beschreibung herauseskamotiert wird.

Methodisch setzt jede Betrachtung der Herrschaftsverhältnisse in der DDR Klarheit über die Definition von Repression und widerständigem Verhalten voraus. So verstehe ich unter politischer Repression die unmittelbaren Unterdrückungsmaßnahmen, die im politischen Strafrecht am deutlichsten werden, wobei allerdings auch die eher unpolitischen Teile des Strafrechts politischen Charakter hatten. Aber auch das flächendeckende Spitzelsystem des MfS gehörte zum unmittelbaren Repressionssystem wie auch verschiedene polizeiliche Maßnahmen. Dagegen können die mittelbare Repression durch Drangsalierung im Betrieb, Berufslenkung, ein allumfassendes Netz staatlicher Maßnahmen, Genehmigungspflicht, Informationsmonopol des Staates, mangelnde Öffentlichkeit, Undurchschaubarkeit öffentlichen Handelns und die Mündlichkeit großer Teile der öffentlichen Verwaltung nicht berücksichtigt werden.

Entscheidend für die politische Repression in der DDR waren zwar die politische Strafjustiz und das Ministerium für Staatssicherheit, doch übten darüber hinaus auch die verschiedenen militärischen und polizeilichen Einrichtungen, der SED-Apparat, die Massenorganisationen und Blockparteien Repression aus. Repressives Handeln konnte auch mit alltäglichem Verwaltungshandeln verbunden sein, die Disziplinierungstechniken reichten vom System von Kritik und Selbstkritik, über pseudoreligiöse Handlungen, einen Märtyrer- und Heldenkult bis zur Verketzerung angeblicher Feinde.<sup>10</sup> Im Zentrum all dessen stand stets die

---

<sup>10</sup> Jessen, S. 33, 41.

SED, die immer auch direkt in staatliches Handeln eingreifen konnte und es letztlich nicht nur dominierte, sondern auch bestimmte.

Bezeichnend für die Herrschaft der SED war auch, dass die DDR-Gesellschaft zu den militarisiertesten Gesellschaften der Welt zählte und der zur Machtsicherung nach innen bestimmte Apparat herausragende Bedeutung besaß.<sup>11</sup> Ca. zehn Prozent der berufsfähigen Bevölkerung der DDR waren haupt- oder nebenberuflich, freiwillig oder dienstlich militärisch verpflichtet. Dazu kamen die Vernetzung von militärischen und paramilitärischen Einrichtungen zur Wehrerziehung/Wehrhaftmachung, die organisatorische und strukturelle Einbindung möglichst großer Teile der Bevölkerung mit dem Ziel ihrer Disziplinierung und sozialen Kontrolle, die militärische Indoktrination der Gesellschaft, ihre Hierarchisierung durch Übertragung militärischer Prinzipien bzw. Strukturen und die Pflege militärischer Formen bzw. Rituale. Diente all dieses vordergründig und zuerst auch militärischen Zwecken, so waren Repression, Disziplinierung und Kontrolle doch immer mehr als nur erwünschte Nebeneffekte.

Während eine Kontroverse um die Begriffe von Repression und politischer Verfolgung in der DDR bisher ausblieb, sind die Begriffe Widerstand, Opposition, widerständiges Verhalten und Dissidenz höchst umstritten. So ist hier eine sichere methodische Basis nicht gegeben. Dies hat auch damit zu tun, dass widerständiges Verhalten weiterhin aus den Akten des Repressionsapparates heraus beschrieben wird, dass die Staatssicherheit normales Konfliktverhalten zu Widerstand aufbauschte und gleichzeitig moralisch, intellektuell oder religiös motiviertes Widerstehen außerhalb der Vorstellung des kommunistischen Unterdrückungsapparates blieb. Erst ein totalitärer Anspruch nach vollkommener Harmonie und Gleichschaltung macht auch die geringste Abweichung verdächtig.

In der DDR war das selbstverständlich tabuisiert, in der Bundesrepublik gab es unter Historikern, Soziologen und Politikwissenschaftlern vor 1989/90 weitgehende Ignoranz gegenüber widerständigem Verhalten in der zweiten

---

<sup>11</sup> Im Dienste der Partei: Handbuch d. bewaffneten Organe d. DDR / Hrsg.: Torsten Diedrich, Hans Ehlert u. Rüdiger Wenzke. - Berlin, 1998. = Forschungen zur DDR-Gesellschaft.

deutschen Diktatur. So stammte eine erste auch heute noch unverzichtbare Beschreibung und Kategorisierung auf der Basis der Erforschung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus von dem Journalisten Karl Wilhelm Fricke, der 1984 zwischen Widerstand und Opposition in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR unterschied, gleichzeitig aber feststellte, dass sich beide Formen widerständigen Verhaltens gegenseitig überlappen und durchdringen.<sup>12</sup>

Dagegen differenzierte Roger Woods zwischen intellektuellen Dissidenten mit einem kritisch-sozialistischen Standpunkt, Flüchtlinge mit nichtsozialistischer, oft christlicher, Perspektive und der unabhängigen Friedensbewegung.<sup>13</sup> Weitere, allerdings kaum rezipierte, Versuche der Kategorisierung widerständigen Verhaltens enthalten verschiedene durch die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ veröffentlichte Expertisen.

Der bisher differenzierteste Versuch einer kategorialen Typologisierung von widerständigem Verhalten in der DDR stammt von Ilko-Sascha Kowalczuk, der Widerstand und Opposition als Verhaltensformen, die einen allumfassenden Herrschaftsanspruch in Frage stellten, versteht.<sup>14</sup> Kowalczuk gebraucht die Begriffe Widerstand und Opposition synonym und subsumiert sie unter widerständiges Verhalten. Dabei stellt er folgende Grundformen eines solchen Verhaltens heraus: 1. gesellschaftliche Verweigerung, 2. sozialer Protest (wie Eingaben, „Meckern“, Bauernprotest gegen die Kollektivierung, Flucht und Streik), 3. politischer Dissens (politische und soziokulturelle Oppositionsgruppen, „bürgerliche“ Opposition) und 4. Massenprotest (wie der Volksaufstand am 17. Juni 1953, wie die Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und Polizei 1977 auf dem Berliner Alexanderplatz und 1987 anlässlich eines Rockkonzerts an der Ostseite der Berliner Mauer am Reichstag sowie schließlich die

---

<sup>12</sup> Fricke, Karl Wilhelm: Opposition und Widerstand in der DDR: Ein polit. Report. - Köln, 1984.

<sup>13</sup> Woods, Roger: Opposition in the GDR under Honecker, 1971-1985: An introduction and documentation. - New York, 1986.

<sup>14</sup> Vgl. die verschiedenen Arbeiten Kowalczuks in der Bibliographie.

Demonstrationen 1989). Dieses Spektrum erweitert Kowalczyk durch die parlamentarische Opposition (wie im Einzelfall der Abstimmung über die Abtreibungsgesetzgebung), durch Machtkämpfe innerhalb der SED (1953, 1956, Sturz Ulbrichts, Sturz Honeckers), durch institutionellen Widerstand (der Kirchen) und durch widerständiges Verhalten von Westdeutschen und Ausländern in der DDR. Diese Kategorisierung birgt zum einen jedoch die Gefahr, dass fast jeder in der DDR Lebende die eine oder andere Form widerständigen Verhaltens für sich in Anspruch nehmen kann und zum anderen, dass ein komplementäres Spektrum des Verhaltens der Mitläufer diese entlasten könnte.

Auch der Resistenzbegriff bzw. der der Verweigerung ist auf die DDR anwendbar und scheint typologisch auch dem Verhalten einer Bevölkerungsmehrheit in der ostdeutschen Diktatur zu entsprechen. Dies gilt besonders für evangelische Christen, darüber hinaus aber auch für weitere Bevölkerungsgruppen, wie Armin Mitter und Stefan Wolle am Beispiel von Krisensituationen der DDR-Geschichte belegten.<sup>15</sup> Während Resistenz also als ein Zurückweichen und passives Widerstehen zu beschreiben ist, ist die Anwendbarkeit des Begriffes „Dissidenz“ auf widerständiges Verhalten im „Realsozialismus“ umstritten. Im Gegensatz zur Resistenz setzt er aktives Handeln voraus. Christoph Kleßmann hat darauf verwiesen, dass der Begriff Dissidenz ein eher diffuses und schwer fassbares Phänomen meint.<sup>16</sup> Im Kern beschrieb es Václav Havel als „Leben in der Wahrheit“, als moralischen Akt, der das totalitäre System bedroht.

Ehrhart Neubert vertritt ein dreistufiges Modell von widerständigem Verhalten, dass sich jeweils in vier Untergruppen aufspaltet.<sup>17</sup> Diese Gruppen sind: 1. Opposition als legales Handeln auf der Grundlage verbindlicher Normen und verbindlichen Rechts (die Opposition der demokratischen Parteien nach 1945, die Kirchen, sozialetisch orientierte Gruppen bzw. Initiativen und die Bürgerbewegung des Jahres 1989), 2. Widerstand mit dem Verzicht auf legale

---

<sup>15</sup> Mitter, Armin; Wolle, Stefan: Untergang auf Raten: Unbekannte Kapitel d. DDR-Geschichte. - München, 1993.

<sup>16</sup> Kleßmann, Christoph: Opposition und Dissidenz in der Geschichte der DDR, in: Aus Politik u. Zeitgesch., Bonn, (1991), B 5, S. 52-62.

<sup>17</sup> Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989. - Berlin, 1997. = Forschungen zur DDR-Gesellschaft.

Mittel und Bezug der Legitimität allein aus der Ablehnung der SED-Herrschaft (mit dem spontanen Massenaufstand, dem Widerstand unterdrückter sozialer Milieus, von Widerstandshandlungen einzelner Personen und von Flucht bzw. von Ausreise) und 3. der politische Widerspruch als schwächere Form der Abweichung (Kritiker der SED innerhalb der Partei, Intellektuelle bzw. Künstler, Widerspruch in sozialen Sondergruppen bzw. gesellschaftlichen Bereichen und abweichendes Verhalten im Alltag). Aber auch hier bleiben Fragen offen wie die, ob die sozialetischen Gruppen immer nur legal handelten oder ob Ausreiser generell auf legale Mittel verzichteten. Genauso fraglich ist, ob Ausreisen immer mit Widerstand zu tun hatte und ob Spionage eindeutig zum Spektrum antikommunistischen Widerstandes gehört. Nicht anders verhält es sich mit der Zuordnung der Subkultur zum Widerspruch und der viel besser geschützten Kirchen zur konsequenten Opposition.

Grundsätzlich erscheint es jedoch ausgehend vom gravierenden Unterschied zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus angebracht zu sein, für die Bürgerrechtsgruppen in der DDR den Begriff Widerstand zu vermeiden und statt dessen von Opposition zu sprechen. Dagegen ist der Terminus „Widerstand“ für die grundsätzliche und auf das Gesamtsystem der SED ausgerichtete Gegnerschaft besonders „bürgerlicher“, christlicher und sozialdemokratischer Systemgegner in den 1940er und 1950er Jahren anwendbar. Weitere Forschungsarbeit erfordert die genauere Abgrenzung zu anderen Formen abweichenden Verhaltens. Bei der Beantwortung der Frage, ob Opposition in den siebziger und achtziger Jahren in der DDR typologisch dem Totalitarismus bzw. einer Diktatur entsprach, sind passiver Widerstand, Arbeit-langsam-Protest, Streik, spontanes Aufbegehren gegen staatliche Willkür, „illegale“ Informationsbeschaffung und Weitergabe von Informationen an westliche Medien, Verbreitung oppositioneller Meinungen, „staatsfeindliche“ Gruppenbildung, Fluchthilfe und die Artikulation abweichender Meinungen zu unterscheiden. Im Hinblick auf den Arbeitsalltag kommt auch der Begriff des „Eigen-Sinns“ bei Arbeitern ins Blickfeld. Gerade hier sind deutliche Ähnlichkeiten im Verhalten der Arbeiter in beiden deutschen Diktaturen festzustellen. Dem entspricht bei Christen und im Bürgertum die Konstanz von Traditionsmilieu. Insgesamt ist für die kritischen Menschen in der DDR eine Mischung aus oppositionellem Verhalten, gesellschaftlicher Verweigerung und weltanschaulicher Dissidenz kennzeichnend.

## **Opposition und Widerstand: Eine kurze Realgeschichte**

Erste Aktionen des Widerstandes gab es in der Sowjetischen Besatzungszone gegen die Enteignungen im Zuge der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone 1945, es folgten widerständige Aktionen bürgerliche Kreise gegen die Gleichschaltung ihrer Parteien, junger Christen gegen die Verfolgung der Jungen Gemeinden und von Sozialdemokraten gegen die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED. Innerhalb der Staatspartei gab es auch immer wieder Abweichungen von der „Parteilinie“, Suche nach Alternativen und Diadochenkämpfe wie 1953, 1956/57, 1977 und dann schließlich auch wieder 1989. Mit einem Widerstand im engeren Sinne hatte dies jedoch nichts zu tun und unterschied sich so auch von den aus der SED kommenden Kritikern wie Robert Havemann, Wolf Biermann, Rudolf Bahro und Rolf Henrich, die auf ihrem Weg in die Opposition mit der Staatspartei brachen.

Widerstand im eigentlichen Sinn leisteten dagegen diejenigen, die in vielen Gruppen jugendlichen Widerstehens Flugblätter druckten und verteilten, Inschriften an Wände anbrachten, „demonstrative Aktionen“ wie gegen die Wahlen 1950 unternahmen oder wie im gleichen Jahr die Häftlinge in der berüchtigten Haftanstalt Bautzen II zum offenen Aufstand übergingen. Ob und in welchen Ausmaß dagegen Spionage für den Westen oder Sabotageaktionen zum Widerstand zu zählen sind ist weiterhin umstritten. Dagegen gehören die ökonomischen Formen des Arbeiterwiderstandes in dieses Spektrum, ebenso wie die Aktionen von Bauern bis hin zu Brandstiftungen gegen den allzu hohen Ablieferungszwang und gegen die Zwangskollektivierung sowie der studentische Widerstand an den Universitäten. Einen Höhepunkt hatte dieser grundlegende antikommunistischen Widerstand zweifellos mit dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953, dessen Massenaktionen, politische und ökonomische Forderungen das Regime in seinen Grundfesten so schwer erschütterte, dass es nur durch den Waffeneinsatz sowjetischer Truppen zu retten war.

Die Abweichungen innerhalb der Staatspartei in der DDR erreichten 1956/57 u.a. durch Wolfgang Harich und Walter Janka mit ihrem Ziel eines „menschlichen Sozialismus“ zwischen Kapitalismus und bürokratisch-diktatorischen Herrschaftssystem der SED einen Höhepunkt, während gleichzeitig immer mehr Menschen ihrer Ablehnung des Systems durch eine „Abstimmung mit den Füßen“ Ausdruck verliehen. Dem machte die SED 1961 mit dem Mauerbau und den damit verbundenen Zwangsumsiedlungen ein vorläufiges Ende, wogegen sich seinerseits vielfältiger Widerstand regte.

Trotzdem waren mit dem 13. August 1961 die Hoffnungen auf ein rasches Ende der DDR und die deutsche Wiedervereinigung zerstört und nach einer Übergangsphase organisierte sich widerständiges Verhalten auf der Basis der sich vorläufig stabilisierenden Diktatur in zahlreichen neuen Formen von Opposition. Dazu zählte nach Einführung der Wehrpflicht 1962 und der Anordnung über die Aufstellung von Baueinheiten der Bausoldaten vom 7. September 1964 die vielfältigen informellen Zusammenschlüsse dieser Bausoldaten. Einen Höhepunkt der Protestaktionen brachte schließlich das Jahr 1968 mit seinen Protesten gegen Kirchensprengungen und gegen den Überfall der Warschauer-Pakt-Truppen auf die CSSR.

Mit der Aggression gegen die Tschechoslowakei war der Traum von einem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ im südöstlichen Nachbarland der DDR gewaltsam beendet worden und nach der Ausbürgerung des Schriftstellers und Liedermachers Wolf Biermann am 16. November 1976 schwanden die legitimatorischen Grundlagen des Systems rapide. Die Kritik an einer Politik der „Kirche im Sozialismus“ verstärkte die Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz am 18. August 1976 in Zeitz aus Protest vor allem gegen die kommunistische Jugenderziehung und Rudolf Bahros „Die Alternative“ kritisierte 1977 von einer marxistischen Position aus massiv das wirtschaftliche und politische System der DDR. Zu einer Form widerständigen Verhaltens entwickelten sich jetzt auch wieder die „Republikflucht“ als das unerlaubte Verlassen des Staatsgebietes und Verbleiben im Ausland bzw. in der Bundesrepublik, die nach der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) und ihrer Schlussakte (Helsinki 1975) durch die „legale“ Ausreise als Form widerständigen Verhaltens ergänzt oder ersetzt wurde.

Die Bürgerbewegung der späten neunzehnhundertsiebziger und achtziger Jahre bestand aus Gruppierungen engagierter Bürger, die besonders bezüglich der Menschenrechte Einfluss auf die politischen Verhältnisse nehmen wollten. Ähnlich wie anderen Gruppen mit zivilgesellschaftlichen Vorstellungen im Ostblock beriefen sie sich auf die menschen- und bürgerrechtlichen Forderungen der Helsinki-Konferenz und waren eng mit der Friedensbewegung verbunden, die ihre Kristallisationspunkte ab 1971 in der sozialdiakonischen „offenen Jugendarbeit“, ab 1972 im jährlichen „Friedensseminar Königswalde“ und ab etwa 1980 in Friedenskreisen der Jungen Gemeinden und Evangelischen Studentengemeinden fanden. Neben diesen Gruppen spielten Umwelt-, Schwulen/Lesben-, Minderheiten- und Menschenrechtsgruppen, Dritte-Welt und Frauengruppen sowie Hauskreise in der Opposition eine Rolle, die sich beim Wechsel von den siebziger zu den achtziger Jahren immer stärker differenzierte und vernetzte. Prägend waren Gruppen wie die „Frauen für den Frieden“, die Seminare „Frieden konkret“, das „Grünökologische Netzwerk Arche“, der „Arbeitskreis Solidarische Kirche“ und der „Freundeskreis Wehrdiensttotalverweigerer“. Die Friedensbewegung hatte ihr Zentrum in der Aktion „Schwerter zu Pflugscharen“, die ihre symbolische Handlung durch eine Schmiedeaktion des Theologen Friedrich Schorlemmer im Juni 1983 auf dem Kirchentag im Wittenberg fand. Neben dieser politischen Opposition gewann auch subkulturelle Szene mit ihren zahlreichen Zeitschriften, Musikereignissen, ihrer subversiven bildenden Kunst und ihren Lesungen an Einfluss.

In den achtziger Jahren waren einzelnen Gemeinden der evangelischen Kirchen Schutzraum der Bürgerbewegung, die im Mai 1989 etwa 150 kirchliche Basisgruppen mit ca. 2.500 aktiven Mitgliedern umfasste. Das Lebensalter ihrer Aktivisten lag zwischen 25 und 40 Jahren, der Schwerpunkt in Berlin sowie in thüringischen - wobei Jena ab Ende der siebziger Jahre eine Sonderrolle spielte - anhaltinischen und sächsischen Großstädten. Die Geheimpolizei der SED zählte ca. 5.000 Sympathisanten und meinte, 600 Personen seien in Führungsgremien tätig und 60 würden den „harten Kern“ bilden. Allerdings erfassen solche Schätzungen nur ein Bruchteil des gesamten widerständigen Verhaltens in Ostdeutschland.

Mit der Initiative „Frieden und Menschenrechte“ entstand im September 1985/Januar 1986 eine erste unabhängige Oppositionsgruppe auf der Grundlage des Gedankens der Einheit von Frieden und Menschenrechten sowie mit dem Ziel einer umfassenden Demokratisierung der DDR-Gesellschaft. Im Jahr 1987 spitzte sich die innenpolitische Situation in der DDR erheblich zu. Die Vernetzung der Oppositionsgruppen wuchs, unabhängige Friedensgruppen nahmen am „Olof-Palme-Friedensmarsch“ teil, ein „Kirchentag von unten“ tagte und im November löste die gewaltsame Aktion der Staatssicherheit gegen die Druckerei der Umweltbibliothek in der Berliner Zionsgemeinde eine breite Solidaritätswelle aus. An der offiziellen Rosa-Luxemburg-Demonstration am 17. Januar 1988 versuchten sich Oppositionelle und Ausreisewilligen mit der Losung „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“ zu beteiligen - die Geheimpolizei reagierte mit 120 Verhaftungen und mit 54 Abschiebungen (allerdings mit der Möglichkeit einer späteren Rückkehr in die DDR) in den Westen. Wieder folgte eine breite Welle der Solidarität wie auch mit den aus politischen Gründen von der Berliner Ossietzky-Schule verwiesenen Schülern.

Das Verbot sowjetischer Zeitschriften wie des „Sputniks“ im Herbst 1988, der Nachweis des Wahlbetrugs der SED im Mai 1989, die Proteste gegen den Einsatz von Panzern gegen die chinesische Demokratiebewegung und die Unterhöhnung des SED-Systems durch die Massenflucht vom Sommer 1989 trieben die kommunistische Herrschaft an den Rand des Abgrunds. Schließlich weiteten sich ab September 1989 die Friedensgebete in der Leipziger Nikolaikirche zu Demonstrationen, deren Funke Anfang Oktober auf andere DDR-Städte wie Plauen, Dresden und Berlin übersprang. Den Wendepunkt der friedlichen Revolution brachte eine Demonstration von 70.000 Menschen am 9. Oktober 1989 in Leipzig, die nicht mehr mit Waffengewalt unterdrückt werden konnte.

Parallel zu den Ereignissen auf den Straßen bildeten sich landesweit Vereinigungen der Bürgerbewegung und neue Parteien wie die Sozialdemokratische Partei in der DDR, das „Neue Forum“, der „Demokratische Aufbruch“ und die Konstituierung von „Demokratie Jetzt“ als Bürgerbewegung. Es folgten die „Grüne Partei“, eine „Initiative für eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung“, der „Unabhängige Frauenverband“ und die „Vereinigte Linke“. Diese Entwicklung erzwang am 18. Oktober den Rücktritt des SED-

Generalsekretärs Erich Honecker, mehr als halbe Million Menschen demonstrierten am 4. November auf einer von Künstlern organisierten und erlaubten Demonstration für Freiheitsrechte in Berlin und unter diesem Druck musste die Herrschaftspartei am 9. November die Berliner Mauer öffnen lassen. Im weiteren Verlauf der friedlichen Revolution besetzten Oppositionelle ab dem 4. Dezember 1989 die Bezirksverwaltungen der Geheimpolizei in den Bezirkshauptstädten und am 15. Januar 1990 in Berlin. Gleichzeitig bereitete ab dem 7. Dezember 1989 der „Zentrale Runde Tisch“ von Vertretern der neuen Regierung Hans Modrow und oppositioneller Gruppen die ersten freien Wahlen in der Geschichte der DDR, die Auflösung der Staatssicherheit und auch immer mehr die deutsche Wiedervereinigung vor. Mit den Wahlen von 18. März war das Schicksal der DDR besiegelt und die erste Phase der friedlichen Revolution abgeschlossen. Am Ende der nachfolgenden nationalrevolutionären Phase stand die Wiedervereinigung in Form des Beitritts der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik.